

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2257

"Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens des deutschen Volkes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2257 vom 03.06.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3123 des VF vom 20.06.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 26.09.2024
4. Beschluss des Plenums 19/3639 vom 16.10.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 16.10.2024



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold** und
Fraktion (AfD)

Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens des deutschen Volkes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass in § 130 Strafgesetzbuch (StGB) eine – nicht abschließende – Legaldefinition von „Teilen der Bevölkerung“ vorgenommen wird. Diese nicht abschließende Legaldefinition soll unmissverständlich klarstellen, dass auch Angehörige des deutschen Volkes Teile der Bevölkerung im Sinne dieser Norm sind. Zweck ist es, auch die deutsche Bevölkerung als solche und ebenso den öffentlichen Frieden zu schützen, indem Volksverhetzungen gegen Deutsche explizit für strafbar erklärt werden,
2. dass das Verunglimpfen, das Beschimpfen oder das böswillige Verächtlichmachen des deutschen Volkes als eigener Straftatbestand entweder in § 130 StGB oder § 90a bzw. als neuer Paragraf z. B. als § 130 b StGB in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird.

Begründung:

§ 130 Abs. 1 Nr. 1 StGB stellt es unter Strafe, in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, gegen eine nationale, rassistische, religiöse oder durch ihre Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufzustacheln oder zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen aufzufordern. Weiterhin begründet § 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB eine Strafbarkeit für denjenigen, welcher in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet. Auch die in Deutschland lebende deutsche Bevölkerung, welche sich aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft, ihrer ethnischen oder kulturellen Zugehörigkeit oder ihrem Bekenntnis zur deutschen Nation von anderen sich in Deutschland aufhaltenden Personen denklogisch unterscheidet, stellt eine „nationale, rassistische oder durch ihre Herkunft bestimmte Gruppe“ dar. Ebenso ist die Gesamtheit der abgrenzbaren deutschen Bevölkerung ein Teil der in Deutschland befindlichen Gesamtbevölkerung, mithin ein „Teil der Bevölkerung“ im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 1 StGB. Während die bundesrepublikanische Justiz jedoch etwa „Arbeiter“, „Bauern“, „Kommunisten“, „dunkelhäutige Menschen“, „Ausländer“ sowie „Flüchtlinge“ als Teile der Bevölkerung im Sinne des § 130 Abs. 1 StGB anerkennt, verweigert sie der deutschen Bevölkerung bisher einen entsprechenden Schutz mangels Eindeutigkeit hinsichtlich des Tatobjekts.

Folglich blieb bisher meist offen, ob deutsche Opfer von Volksverhetzungen gerade aufgrund ihrer Eigenschaft, Deutsche zu sein, Tatobjekte sein können. Durch die Klarstellung wird diese Lücke beseitigt.

In linksextremistischen Kreisen wird die Verachtung des deutschen Volkes durch Parolen wie „Deutschland verrecke“, „Deutschland du mieses Stücke Scheiße“ oder „Bomber Harris do it again“ offen propagiert. Es wird alles, was mit „Deutschsein“ oder deutsche Bevölkerung in Verbindung steht, als Feindbild deklariert. Im Gegensatz zur allgemeinen Kritik an den Institutionen der Bundesrepublik Deutschland geht es den Linksextremisten dabei nicht um eine Verbesserung des Staates oder des Gemeinwesens, sondern in letzter Instanz um die Beseitigung der bestehenden politischen Ordnung und des deutschen Volkes. Diesen verfassungsfeindlichen Bestrebungen ist bereits bei den hasserfüllten Äußerungsdelikten entschieden entgegenzutreten, da diese die Vorstufe zu gewalttätigen Bestrebungen der Linksextremisten darstellen. Insgesamt kann sich die von Linksextremisten betriebene Entindividualisierung und Entmenschlichung der deutschen Bevölkerung auch gewaltlegitimierend auswirken: Wenn den Deutschen grundlegende Menschenrechte abgesprochen werden, sinkt die Hemmschwelle, Gewalt gegen sie anzuwenden. Im Gegensatz hierzu würde ein positives Bild von Deutschland und dem deutschen Volke zudem das Vertrauen in deutsche Produkte und Dienstleistungen fördern, was die Wirtschaft stärkt und Arbeitsplätze sichert. Ein positiv wahrgenommenes Deutschland kann die politische Stabilität sowohl im Inland als auch international fördern. Verbündete und Partnerländer sehen dann eher einen verlässlichen und stabilen Akteur in Deutschland, was die außenpolitische Zusammenarbeit erleichtert. Ein gutes Deutschlandbild trägt dazu bei, dass sich Bürger stärker mit ihrem Land und der Kultur identifizieren. Dies könnte den sozialen Zusammenhalt stärken.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/2257**

**Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens des deutschen
Volkes**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Rene Dierkes**
Mitberichterstatter: **Martin Scharf**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 20. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verordnung und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über eine Verordnung und die nicht einzeln
zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verordnung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 2 Satz 1 der Landkreisordnung zum Entwurf
einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der
Namen der Landkreise und der Sitze der Kreisverwaltungen
Drs. 19/2019, 19/2833 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	------------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaanpassung und besserer Tierschutz –
Änderung der Jagdzeiten auf Rehwild jetzt!
Drs. 19/1846, 19/3111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	------------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachstand Windkraftplanung in den Planungsregionen
Drs. 19/1847, 19/3112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Risiken des forcierten Windkraftausbaus auf den Grund gehen:
Umweltbelastungen durch den Betrieb von
Windenergieanlagen offenlegen
Drs. 19/1896, 19/2971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitätssicherung in der Lehrerbildung – Anrechnungsstunden
für Seminarlehrkräfte und Zentrale Fachleiterinnen und
Fachleiter ausbauen!
Drs. 19/1975, 19/3090 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Akzeptanz der erneuerbaren Energien stärken und Wertschöpfung vor Ort schaffen
Drs. 19/1979, 19/3113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zu Bauen im Bestand
Drs. 19/1982, 19/3073 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Florian Köhler u.a. AfD
Berichtsantrag zu den Perspektiven des Anlagenbestands im Bereich Biogas und Biomethan nach Ablauf der EEG-Förderung
Drs. 19/2040, 19/3114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bericht zur Umsetzung von digitalen Datenregistern, KI und Blockchain in der bayerischen Verwaltung
Drs. 19/2079, 19/3115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Stand und Zukunft der bayerischen Erdgasinfrastruktur und der leitungsgebundenen kommunalen Wärmeversorgung
Drs. 19/2080, 19/3116 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Perspektiven und Herausforderungen der bayerischen Lufttaxi- und Lieferdrohnenbranche
Drs. 19/2083, 19/3290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfster bestrafen
Drs. 19/2092, 19/3120 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der EU beenden
Drs. 19/2093, 19/3121 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Geschäftsverteilungspläne der Gerichte im Internet veröffentlichen
Drs. 19/2096, 19/3122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Getreidewirtschaft in Bayern und Deutschland schützen – Zollfreiheiten für ukrainische Agrarprodukte beenden
Drs. 19/2105, 19/2989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Einführung eines Ombudschaftswesens in der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 19/2111, 19/3271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Für eine inklusive Lösung – Bericht zum Umsetzungsstand der SGB VIII-Reform in Bayern
Drs. 19/2112, 19/3273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen I:
Gesamtstrategie Unterrichtsqualität
Drs. 19/2186, 19/3091 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen II:
Lehrkräftebildung weiterentwickeln
Drs. 19/2187, 19/3092 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen III:
Digitalisierung klug umsetzen
Drs. 19/2188, 19/3093 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen IV:
Entbürokratisierung an Schulen
Drs. 19/2189, 19/3094 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen V:
Integration stärken
Drs. 19/2190, 19/3095 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Norbert Dünkel, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Wiedereinsetzung eines „Wissenschaftlichen Beirats Inklusion“
Drs. 19/2225, 19/3096 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Raus aus dem Tabu und mehr Selbstbestimmung:
Aufklärung über Fehlgeburten!
Drs. 19/2227, 19/3101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Florian von Brunn u.a. SPD
Verpflichtender KZ-Gedenkstättenbesuch für alle
Schülerinnen und Schüler während der Schullaufbahn
Drs. 19/2229, 19/3097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann u.a. SPD
Gestaffelter Mutterschutz bei Fehlgeburten
Drs. 19/2255, 19/3274 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens
des deutschen Volkes
Drs. 19/2257, 19/3123 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umweltfreundliche Reitböden in Bayern sicherstellen
Drs. 19/2302, 19/2972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Queeren Aktionsplan ernst nehmen – Koalition gegen Diskriminierung jetzt beitreten!
Drs. 19/2303, 19/3275 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Sternenkinder – Rechte der Eltern stärken und Forschung ausweiten
Drs. 19/2310, 19/3102 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Stichschutzwesten auf Versammlungen zulassen
Drs. 19/2336, 19/3124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Kostenlose Rundfunk-Hotline schaffen!
Drs. 19/2344, 19/3109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Anpassung der Kostenregelung im Strafprozess
Drs. 19/2357, 19/3125 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Alexander Flierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität beschleunigen
Drs. 19/2360, 19/3291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Sicherung des Chemiestandorts Bayern
Drs. 19/2363, 19/3292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Verbots des Tötens männlicher Küken
Drs. 19/2410, 19/3279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

37. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Keine weiteren Zuschüsse für Kirchentage aus Landes- und Bundesmitteln
Drs. 19/2413, 19/3254 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Kriminalstatistik transparenter gestalten –
Mehrfachstaatsangehörigkeiten erfassen!
Drs. 19/2414, 19/3262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zeitgemäß: Einführung eines digitalen Jagdscheines jetzt umsetzen
Drs. 19/2435, 19/3117 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Balkonkraftwerke retten!
Einspruch zum Normenentwurf VDE V 0126-95:2024-06
Drs. 19/2436, 19/3118 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Stich lassen –
Erfolgsmodell „Kooperativer Ganztag“ weiter fördern!
Drs. 19/2437, 19/3277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stromnetze voll auslasten – Netzinfrastruktur besser nutzen
Drs. 19/2453, 19/3293 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung des Pegelnetzes für den Hochwassernachrichtendienst
Drs. 19/2456, 19/2973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

44. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Rechte und Gleichstellung von LGBTIQIA+-Personen in der EU vorantreiben
Drs. 19/2460, 19/2990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Schnelle und transparente Umsetzung des Startchancen-Programms an Bayerns Schulen
Drs. 19/2461, 19/3098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Würdigung, Anerkennung und Wertschätzung
für die Gastarbeitergeneration
Drs. 19/2463, 19/3285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

47. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Prof. Dr. Winfried Bausback, Konrad Baur u.a. CSU
Beachtung der Sprachsensibilität in Berufsabschlussprüfungen
Drs. 19/2485, 19/3099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

48. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. SPD
Bayerischer Veteranentag
Drs. 19/2486, 19/2991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krah u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Ergebnisse des Gutachtens zum Schutz der
Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen
Drs. 19/2537, 19/3103 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Regen stehen lassen: Bayern gegen Naturgefahren endlich fit machen – gute Informationsgrundlagen für alle schaffen!
Drs. 19/2526, 19/3288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahlf u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sepsisüberlebende bei der Nachsorge nicht allein lassen -
Sepsislotsinnen und Sepsisloten in Bayern etablieren
Drs. 19/2538, 19/3104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stellschrauben für bezahlbares Bauen in der Bayerischen Bauordnung anziehen
Drs. 19/2563, 19/3072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

53. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Aufklärung und Prävention von Gewalt im Kreißsaal
Drs. 19/2564, 19/3105 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Biobanken in Bayern – Herausforderungen und Optimierungspotenziale
Drs. 19/2565, 19/3106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

55. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Digitalisierungsmaßnahmen zur Entbürokratisierung der Leichenschau
Drs. 19/2580, 19/3107 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern vor Afrikanischer Schweinepest schützen – jetzt Aufklärungs- und Präventionskampagne starten
Drs. 19/2581, 19/2974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

57. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Betriebe im Radon-Vorsorgegebiet Wunsiedel i. Fichtelgebirge unterstützen
Drs. 19/2582, 19/2975 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

58. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Intergenerationelle Projekte zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Bayern
Drs. 19/2586, 19/3278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmte Geburt – Sensibilisierung für die Problematik von Gewalterfahrungen unter der Geburt vorantreiben
Drs. 19/2614, 19/3108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

60. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Modernisierungsmaßnahmen in der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 19/2622, 19/3280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

61. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Hochwasserhilfen für landwirtschaftliche Betriebe erhöhen!
Drs. 19/2632, 19/3281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

62. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Grenzwertwahn beenden! – NOx-Emissanten neu bewerten!
Drs. 19/2648, 19/3287 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

63. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung der Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen
Drs. 19/2650, 19/3284 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

64. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Intelligentes Wassermanagement statt neuer Steuer – Förderprogramm für Regenwassernutzungsanlagen auflegen!
Drs. 19/2653, 19/3270 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

65. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!
Drs. 19/2660, 19/3253 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

66. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Hochwasser-Soforthilfe ausweiten: Betroffene brauchen Unterstützung
Drs. 19/2661, 19/3272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

67. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann u.a. CSU Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid mit einer Konzentration von über 12 Prozent wieder ermöglichen
Drs. 19/2662, 19/3294 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

68. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
„Made in Bavaria“: Zertifikat gegen die geplante Obsoleszenz einführen!
Drs. 19/2663, 19/2998 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftemangel durch Ausbildung bekämpfen:
Praktikumsprämie für Schülerinnen und Schüler
Drs. 19/2669, 19/3295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

70. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafvollzug entlasten und Resozialisierung stärken –
Für kurz vor der Entlassung stehende Gefangene eine „Weihnachtsamnestie“ Ende 2024 ermöglichen
Drs. 19/2670, 19/3286 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

71. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verantwortung übernehmen – mehr bioregionales Essen in staatlichen Kantinen
Drs. 19/2672, 19/3282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufhebung des Erdkabelzwangs bei den neu geplanten HGÜ-Leitungen
Drs. 19/2673, 19/3296 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

73. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Starkregenvorsorge in Bayern
Drs. 19/2675, 19/2999 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand der Hitzeaktionsplanung in Bayern
Drs. 19/2678, 19/3000 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

75. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheit für bayerische Polizeibeamte erhöhen – Anschaffung von stichsicheren Schutzwesten flächendeckend durchsetzen!
Drs. 19/2719, 19/3261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schlachtstättensterben – rechtzeitig Lösungen entwickeln
Drs. 19/2726, 19/3283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/2257, 19/3123

Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens des deutschen Volkes

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Rene Dierkes

Abg. Martin Stock

Abg. Andreas Jurca

Abg. Toni Schuberl

Abg. Martin Scharf

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Horst Arnold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens des deutschen Volkes (Drs. 19/2257)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Rene Dierkes. – Bitte, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Rene Dierkes (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mittlerweile prägen bereits seit Jahrzehnten Aufmärsche aus der linksextremen Szene das Bild deutscher Städte, auf denen Parolen wie "Bomber Harris, do it again" oder "Deutschland verrecke" skandiert werden. Inzwischen ist es auch trauriger Alltag, dass Migrantengruppen, egal ob auf dem Schulhof oder auf der Straße, Deutsche als "dreckige Deutsche" oder "Kötterasse" usw. beschimpfen, bedrohen, und das alles, um ihren Revieranspruch geltend zu machen.

Nun sollte man meinen, dass der deutsche Rechtsstaat mit einem sehr dehbaren und umfassenden § 130 Strafgesetzbuch auch Deutsche vor Volksverhetzung schützt. Dem Wortlaut nach ist das auch so, denn der Tatbestand umfasst ausdrücklich auch nationale sowie ethnische, durch Herkunft bestimmte Gruppen, also auch Deutsche. Doch die Rechtsprechung, die hierzu nicht einheitlich urteilt, kommt etwa zu dem Ergebnis, dass die Bezeichnung von Deutschen als "Kötterasse" deshalb nicht strafbar sei, so die Begründung, da Deutsche kein Teil der Bevölkerung sind, sondern die Bevölkerung selbst.

Es ist hanebüchen, Deutschen die Eigenschaft als Teil der Bevölkerung abzuerkennen, aber historisch damit zu begründen, dass der Gesetzgeber ursprünglich nur in Deutschland lebende Minderheiten schützen wollte und noch nicht vorhergesehen hat, dass aufgrund einer verfehlten Migrationspolitik Deutsche einmal nur einen Bruchteil bzw. sogar die Minderheit am Gesamtanteil der Bevölkerung ausmachen könnten. Ein gutes Beispiel ist Offenbach am Main mit einem Migrationsanteil von über 60 %. In Anbetracht dieser neuen Realität und der rechtlichen Unklarheit des ohnehin sehr dehnbaren Volksverhetzungsparagrafen ist es unsere Aufgabe als Parlament, den Tatbestand zu konkretisieren und Rechtsklarheit zu schaffen, und das in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Denn: Von einer Bundesregierung, die hauptsächlich aus Personen besteht, die dem Hass gegen das deutsche Volk kaum Grenzen setzen, ist nichts zu erwarten. Hierzu einige Beispiele, die bekannt sein dürften: Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth ist im November 2015 bei einer Anti-AfD-Demonstration mitmarschiert, bei der – ich zitiere – "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" und – ich zitiere weiter – "Deutschland verrecke" skandiert wurden. Obwohl sie das ausdrücklich gelesen und auch gehört haben muss, hat sie sich davon nicht distanziert, die GRÜNEN hier im Bayerischen Landtag auch nicht. GRÜNEN-Chef Robert Habeck schrieb in seinem Buch – ich zitiere –:

"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht."

Das merkt man auch an der Politik der GRÜNEN.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiteres unappetitliches Zitat: "Rassismus gegen Deutsche ist richtig und wichtig", schrieb eine grüne Journalistin. Ich könnte die Beispiele endlos fortsetzen. Sie finden das alles auch beim Faktencheck von Correctiv.

Solche Äußerungen, die unserem gemeinsamen Heimatland und dem inneren Zusammenhalt schaden, dürfen nicht ohne Folgen bleiben. Deshalb fordern wir als AfD, dass mit Nachdruck dafür eingestanden wird, dass die Schutzlücken im Tatbestand des Volksverhetzungsparagrafen geschlossen werden und die deutsche Bevölkerung als Rechtsgut aufgenommen wird.

Außerdem fordern wir, dass "Teile der Bevölkerung" in § 130 StGB präziser definiert werden; denn momentan besteht Missbrauchsgefahr. Es verwundert nicht, dass Strafbefehle bei Migrationskritikern schneller ausgestellt werden, als Ministerpräsident Söder sich um 180 Grad drehen kann.

(Beifall bei der AfD)

Insgesamt kann sich die gerade von Linksextremisten betriebene Entmenschlichung der deutschen Bevölkerung auch gewaltlegitimierend auswirken, wie die Aufstände in Stuttgart und Hamburg gezeigt haben.

Im Gegensatz dazu würde ein positives Bild von Deutschen den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken und auch Vertrauen in deutsche Produkte und Dienstleistungen fördern. Außerdem würde auch der Integrationsdruck erhöht werden. Warum soll sich ein ausländischer Mitbürger, der schon in der Absicht hierherkam, zu arbeiten, Steuern zu bezahlen und irgendwann die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen, all diese Mühen machen, wenn Deutsche letztlich schlechter gestellt werden als Migranten?

Ich bitte daher, dem Antrag zuzustimmen und mit uns zusammen um eine stabile Gesellschaftsordnung zu kämpfen, in der Deutschen wieder mit Respekt begegnet werden muss.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön für Ihren Redebeitrag. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Martin Stock. Bitte, Sie haben das Wort.

Martin Stock (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Der vorliegende Antrag der AfD auf Ergänzung des § 130 des Strafgesetzbuchs kommt jetzt passend zur Abendbrotzeit daher wie eine bereits mehrfach aufgewärme, lauwarme Tütenuppe: altbekannter Inhalt, ohne Substanz und besonders schal im Beigeschmack.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Ideenlosigkeit zeigt sich schon darin, dass dieser Antrag von der AfD-Bundestagsfraktion bereits im April 2018 nahezu inhaltsgleich im für die Änderung des StGB tatsächlich zuständigen Bundestag eingereicht und in dessen Sitzung am 23. Juni 2021 abgelehnt wurde. Dass wir uns nun, sechs Jahre später, im Landtag nochmals damit beschäftigen müssen, zeugt nicht gerade von Einfallsreichtum und Esprit. Nein, es muss offensichtlich wieder einmal Content für Social Media produziert werden. Dafür muss sechs Jahre später erneut das Narrativ von vermeintlich schutzlosen Deutschen, fremd im eigenen Land, herhalten. Es sei Ihnen einmal deutlich gesagt: Eine Tütenuppe schmeckt nicht besser, je öfter man sie aufwärmst, und ein Antrag wird nicht besser, je öfter man ihn stellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich nun dieser Tütenuppe noch etwas Gehaltvolles hinzufügen und klarstellend zum Antrag erläutern, worum es hier eigentlich geht. Der § 130 StGB regelt den Tatbestand der Volksverhetzung, und offen gestanden hätte ich gedacht, dass die AfD gerade auf diesem Gebiet doch über genügend eigene Expertise verfügen sollte.

Nach diesem Paragrafen wird also bestraft, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, gegen eine nationale, rassistische, religiöse oder durch

ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen dessen Zugehörigkeit zur vorbezeichneten Gruppe zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine dieser vorbezeichneten Gruppen beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet.

Meine Damen und Herren, das Schutzbau, also die Hürde, die für eine Strafbarkeit nach diesem Paragrafen in jedem Fall übersprungen werden muss, ist die Geeignetheit zur Störung des öffentlichen Friedens. Taugliches Angriffsobjekt nach dieser Norm können laut Gesetzestext sogenannte Teile der Bevölkerung sein.

Was sind Teile der Bevölkerung? – Das ist ein sogenannter unbestimmter Rechtsbegriff, wie wir ihn in vielen Fällen in unserem Rechtssystem kennen, dessen Auslegung aus gutem Grund unserer Rechtsprechung, der Justiz, obliegt. Im Hinblick auf eine hier behauptete angebliche Nichtberücksichtigung der Deutschen hätte mitunter jedoch schon ein Blick in die Veröffentlichung 78/09 des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages geholfen, denn dort steht: "Unerheblich ist in diesem Rahmen [...], ob es sich um Deutsche oder Ausländer handelt."

Tatsächlich kann je nach konkretem Einzelfall jede Menge unter diesem unbestimmten Rechtsbegriff "Teile der Bevölkerung" subsumiert werden: die Ausländer, die Flüchtlinge, die Bauern, aber selbstverständlich auch die Deutschen. Sie alle sind taugliche Angriffsobjekte nach dieser Norm. Keine der genannten Gruppe wird explizit in einem Gesetzestext genannt, der auch so schon eine knappe DIN-A4-Seite füllt.

Das hat eben mit dem unbestimmten Rechtsbegriff "Teile der Bevölkerung" zu tun, der die Angriffsobjekte bewusst weit fasst, um die Strafbarkeit dann über das Merkmal der Geeignetheit zur Störung des öffentlichen Friedens zu begrenzen. Diese fein abgestimmte Systematik funktioniert seit Jahrzehnten hervorragend.

Durch den Antrag soll jedoch suggeriert werden, dass die deutsche Justiz nur Ausländer und keinen Deutschen schützen würde. Dabei ist es für die rechtliche Bewertung

völlig egal, ob Türken oder Deutsche Ziel herabwürdigender Äußerungen werden. Beides sind Beleidigungen, in beiden Fällen sind derartige Äußerungen strafrechtlich relevant. Wenn durch die Herabwürdigung tendiert wird, damit eine bestimmte Person zu kränken, bleibt es auch in beiden Fällen bei dieser Beleidigung, die gemäß §§ 185 ff. StGB zu bestrafen ist, da dann eben gerade keine Geeignetheit zur Störung des öffentlichen Friedens besteht.

Wo soll hier also eine Ungleichbehandlung sein, wo eine Strafbarkeitslücke und wo ein Handlungsbedarf? – Nichts davon ist der Fall. Kommen Sie doch endlich einmal heraus aus dieser ständigen Rolle der vermeintlichen Opfer und Stimmungsmacher!

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Dann haben sie ja nichts mehr!)

Um es noch einmal deutlich klarzustellen: Niemand muss es in Deutschland hinnehmen, beleidigt oder angepöbelt zu werden. Das ist geübte Praxis. Das gilt für alle Menschen, unabhängig von der Hautfarbe, egal ob deutsch oder nicht deutsch, christlich oder nicht christlich, krank oder gesund – das Gesetz kennt hier keine Unterscheidung. Niemand ist schutzlos. Eine wie auch immer geartete Benachteiligung von Deutschen, eine unterstellte Privilegierung von Ausländern bei Beleidigungen gibt es schlicht und ergreifend nicht.

Wir sollten und dürfen Hetze jedweder Art nicht tolerieren. Es gibt keine gute oder schlechte Hetze. Setzen wir uns alle – gerade Sie – doch bitte dafür ein, dass Hetze nicht stattfindet, meine Damen und Herren.

Da der § 130 in seinem Absatz 1 Nummer 2 auch explizit auf die Menschenwürde und damit auf deren Unantastbarkeit nach Artikel 1 des Grundgesetzes Bezug nimmt, erlauben Sie mir gerade aufgrund der aktuellen weltpolitischen Ereignisse um uns herum den Hinweis: Gerade damit der öffentliche Friede gewahrt bleibt, müssen wir uns die Frage stellen, wie das friedliche Miteinander in unserem Staat geschützt werden kann.

Der Kern der Vorschrift des § 130 StGB wurde im Jahr 1960 aufgrund bitterer historischer Erfahrungen der damals noch jungen Bundesrepublik – antisemitische Schmierereien an Synagogen und in Deutschland kursierende Hetzschriften – geändert. Die junge demokratische Bundesrepublik stand seinerzeit vor einer schweren Bewährungsprobe. Es lässt sich rückblickend mit Fug und Recht sagen: Sie hat diese souverän bestanden, auch deshalb, weil die BRD unter dem noch frischen Eindruck des Schreckens zweier Weltkriege gesagt hat: Nie wieder! Wir wollen derlei Hass nie wieder haben, und wir wollen durch diese Strafvorschrift zum Ausdruck bringen, dass wir es nicht zulassen, dass ein Klima der Angst, der Intoleranz und der Hetze Einzug hält.

Dieser Gedanke ist heute aktuell wie damals: Nie wieder ist jetzt!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Daher schützen wir in unserem Rechtsstaat mit klaren Regelungen aktiv jeden, der Schutz vor Herabsetzung, Entwürdigung und Entmenschlichung benötigt. Wir gewährleisten so auch in Zukunft ein friedliches Zusammenwirken. Lassen Sie uns aktiv dafür einstehen und nicht auf billige und populistische Parolen hereinfallen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Andreas Jurca, AfD-Fraktion, das Wort.

Andreas Jurca (AfD): Werter Kollege Stock, lassen Sie mich mal etwas aus meinem persönlichen Leben erzählen: Ich habe selber Migrationshintergrund. Ich habe viele Schulen besucht, weil ich mein Abitur dann noch über das zweistufige System gemacht und studiert habe. Ich war vor vielen Jahren aber auch auf einer Hauptschule in Augsburg; bereits damals waren Deutsche ohne Migrationshintergrund in der Minderheit.

(Arif Taşdelen (SPD): Ja, wegen Ihnen vielleicht!)

Ich kann Ihnen persönlich sagen, dass das für meine Mitschüler sehr schlimm war. Sie haben sich teilweise verstellt, haben einen falschen Akzent angenommen, haben teilweise auch eine andere Sprache gelernt, Hauptsache, nicht wie ein Deutscher wirken, weil sie nicht Opfer sein wollten. Das war vor vielen Jahren. Das war schon damals ein Problem.

Unser Antrag zielt auf die Realität an Schulen, in bestimmten Vierteln ab. Dort ist das leider die gelebte Realität.

Sie können uns hier was weiß ich vorwerfen. Aber wir sind Advokaten für die Bürger und vor allem für die Jungen, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine Zwischenbemerkungen haben Sie eine Minute Zeit. – Bitte schön, Herr Kollege Stock.

Andreas Jurca (AfD): – die sich im eigenen Land fremd fühlen.

(Beifall bei der AfD)

Martin Stock (CSU): Herr Jurca, ich bedauere jeden, der durch Schmähungen geschädigt wird. Das habe ich ja auch gesagt. Unser Rechtssystem ist dafür aber auch ausgestattet. Wir sind ein wehrhafter Rechtsstaat.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Jurca (AfD))

Wir haben in unserem Strafgesetzbuch jetzt schon die Instrumente, die gegenüber jedem – egal ob deutsch, nicht deutsch oder mit Migrationshintergrund – genau diesen Schutz bieten.

Was Sie, sechs Jahre nachdem dieser Antrag im Bundestag war, auch beachten sollten: Damals wurde der Antrag von einem Mitglied der AfD-Fraktion eingereicht. Der Antragsteller hatte kurz zuvor noch gefordert, diesen Paragraphen gänzlich abzuschaffen. Dann kam der Antrag, ihn zu verschärfen. – Das zeigt doch, dass es Ihnen hier gar nicht um die Sache, sondern nur um billigen Populismus geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Toni Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rassisten als Opfer von Rassismus – dieses Märchen will uns die AfD mit ihrem Antrag erzählen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Sie armen Opfer von Rassismus tun mir ja sehr leid. Vielleicht ist dann der Rassismus von deutschen Rassisten gar nicht so schlimm, weil sie ja selber ein armes Opfer von Rassismus geworden sind.

(Zuruf von der AfD)

Dann sind das einfach zwei Gruppen, die sich bekämpfen, und beide gleich schlimm?

Der AfD-Abgeordnete Ralf Stadler hat auf Facebook einen Bürgerkrieg, quasi einen Rassenkrieg beschworen, für den sich alle bewaffnen sollten. Ist dieser Antrag das Vorwort für diese Erzählung?

Es gibt Ihren Rassenkrieg nicht. Es wird ihn auch nicht geben. Dafür werden wir hier alle sorgen. Es gibt auch Ihren Bevölkerungsaustausch und die Umvolkung nicht, von der Sie dauernd reden.

(Christoph Maier (AfD): Okay, alles klar!)

Da sind wir beim Kern dieses AfD-Antrags: Sie wollen, dass die Verunglimpfung des deutschen Volkes strafbar ist. Sie beschreiben in Ihrem Antrag das deutsche Volk auch als eine "rassistische oder durch ihre Herkunft bestimmte Gruppe". – Nein! Deutscher ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft hat. Punkt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt kein deutsches Blut. Es gibt keine typisch deutschen Gene, und es gibt keine arische Rasse, und Sie sollten das nach 80 Jahren endlich einmal kapiert haben!

(Zuruf von der AfD: Was soll denn der Schwachsinn!)

Wir Deutsche sind eben keine "rassische oder durch ihre Herkunft bestimmte Gruppe", wie Sie im Antrag schreiben. Wir Deutsche sind bunt, wir Deutsche sind vielfältig. Das, was uns verbindet, sind die Zugehörigkeit zu diesem Land und die Werte unserer Verfassung: die Menschenwürde, die Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Solidarität. Die AfD tritt das alles mit Füßen.

(Zuruf von der AfD: Ihr tretet es!)

Gäbe es diesen Straftatbestand der Verunglimpfung von Deutschen, dann wären Sie die Ersten, die angezeigt würden. Sie verunglimpfen deutsche Staatsbürger, die ursprünglich durch Flucht vor Krieg in unser Land gekommen sind. Sie verunglimpfen deutsche Staatsbürger, die den muslimischen Glauben haben. Sie verunglimpfen deutsche Staatsbürger, die eine dunklere Hautfarbe haben. Sie sollten sich schämen! Wir lehnen diesen Antrag voll völkischer Ideologie ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Scharf für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute diskutieren wir über einen Antrag der AfD, der nicht nur spaltet, sondern Grundprinzipien unserer demokratischen Ordnung gefährlich angreift.

Kollege Dierkes bzw. der Antrag fordert, dass das deutsche Volk unter einen besonderen strafrechtlichen Schutz gestellt wird. Dies soll angeblich den Zusammenhalt der

Gesellschaft stärken und Deutschlands internationales Ansehen fördern. Doch diese Argumentation ist nicht nur falsch, sie ist auch gefährlich.

Zunächst will ich klarstellen: Das Strafgesetzbuch, insbesondere der angesprochene § 130 StGB, bietet bereits einen umfassenden Schutz für alle Teile der Bevölkerung. Das schließt selbstverständlich auch die Deutschen mit ein. Die AfD will uns weismachen, dass das deutsche Volk besonderen Schutz benötigt, weil es angeblich im eigenen Land verächtlich gemacht wird.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Das ist Unsinn. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das deutsche Volk weniger geschützt wird als andere Gruppen. Die Forderung der AfD nach einem besonderen Schutz des deutschen Volkes basiert auf einer nationalistischen Ideologie, die bestimmte Bevölkerungsgruppen privilegieren und andere ausschließen will. Aber in Deutschland gilt: Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich, unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben oder seiner Hautfarbe. Dieses Prinzip wollen wir nicht aufweichen.

Herr Dierkes spricht von einer angeblichen deutschfeindlichen Kultur, die durch Parolen wie "Deutschland verrecke!" geschürt werde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns ehrlich sein: In einer freien Gesellschaft müssen auch extreme Meinungen ausgehalten werden, solange sie nicht den öffentlichen Frieden gefährden.

(Christoph Maier (AfD): Das tun sie aber!)

– Nein.

(Christoph Maier (AfD): Tun sie schon!)

Genau das ist der Kern unserer Demokratie: die Meinungsfreiheit. Das unterscheidet uns von Ländern, in denen Menschen wegen vermeintlicher Verunglimpfung des Nati-

onalstolzes inhaftiert werden. Deutschland schützt die Meinungsfreiheit, auch wenn uns manche Aussagen nicht gefallen.

Die AfD behauptet, dass durch die Einführung eines besonderen strafrechtlichen Schutzes für das deutsche Volk die internationale Anerkennung Deutschlands gesteigert werde. Aber unsere internationale Anerkennung basiert nicht auf Abschottung und Privilegierung einzelner Gruppen. Im Gegenteil: Sie beruht auf unserer Offenheit, unserer Freiheit und der Fähigkeit, Minderheiten zu schützen und zu integrieren.

Was Deutschland stark macht, ist der Schutz der Menschenwürde und die Förderung des sozialen Zusammenhalts. Dieser Zusammenhalt funktioniert nur, wenn wir alle Menschen gleichbehandeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die AfD zeigt mit diesem Antrag erneut, dass sie unsere offenen und freiheitlichen Errungenschaften infrage stellt. Es geht ihr nicht darum, das Land zu einen, sondern vielmehr darum, alte, rückwärtsgewandte Ideologien wieder salonfähig zu machen. Sie will den Fortschritt zurückdrehen, Minderrechte einschränken und eine exklusive Vorstellung von deutscher Identität etablieren.

Wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir haben uns nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges eine Verfassung gegeben, die die Würde des Menschen schützt. Diese Errungenschaften dürfen wir nicht gefährden, indem wir uns auf die Parolen der AfD einlassen.

Wie bereits gesagt: Der Antrag der AfD ist nicht nur unnötig, er ist gefährlich. Er fördert keine Einheit, sondern spaltet die Gesellschaft, indem er Unterschiede hervorhebt, wo keine sein sollten.

Abschließend möchte ich noch betonen: Es gibt keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf, wie auch schon in der Debatte im Bundestag im Juni 2021 – Kollege Stock hat es dargestellt – klargestellt wurde. Unser Strafrecht bietet bereits ausrei-

chenden Schutz. Die AfD versucht lediglich, mit ihrem Antrag Ängste zu schüren und ihre eigene, rückwärtsgewandte Ideologie zu propagieren. Diesen Versuch lehnen wir entschieden ab.

Lassen Sie uns ein klares Signal senden: Für Ausgrenzung, Nationalismus und Hetze ist in unserer Gesellschaft kein Platz. Wir wollen ein offenes, demokratisches, pluralistisches Deutschland, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gleichberechtigt und frei leben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner er теile ich dem Kollegen Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Stock unendlich dankbar, dass er hier eine entsprechende Abhandlung über Sinn und Zweck und die Genese dieses Straftatbestandes vorgetragen hat, weil das vieles von dem erspart, was man wissenschaftlich und juristisch diskutieren könnte.

Ich hebe mal darauf ab, warum man immer glaubt, Missstände in unserer Gesellschaft – so wie es manchmal geschildert wird – mit den Mitteln des Strafrechts lösen zu müssen. Das ist die Ultima Ratio. Wir sind doch dazu aufgerufen, das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger so zu gestalten, dass es funktioniert. Mit dem Drohklöppel eines Straftatbestandes, der so unbestimmt ist wie nur was, kann man das nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Sie schaffen nur Stimmung, und ich frage mich schon, was in dem Zusammenhang Ihr Begriff von Deutschland ist. Deutschland ist bunt, vielfältig. Wir haben viele Neubürgerinnen und Neubürger. Tatsächlich hat Ihr Ehrenvorsitzender Herr Gauland angesichts der Situation eines Fußballspielers, der sich verdient gemacht hat, Herrn Boateng, ge-

äußert: Ja, Deutscher ist er schon, aber er möchte ihn nicht unbedingt in der Nachbarschaft haben.

(Zuruf von der AfD)

Leute, das ist das, was Sie machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie dehnen einfach Ihre Begrifflichkeit aus und machen das beliebig, so wie Sie es brauchen. Ihr Begriff von Deutschland ist noch lange nicht salonfähig, und wir werden alles dafür tun, dass Deutschland bunt und vielfältig bleibt und hier die Würde des Menschen und der Schutz der Würde des Menschen ohne Ansehen der Person, der Herkunft, der Rasse und der politischen Anschauung Schutz genießen. Wir werden nicht herumdoktern an aberwitzigen Formulierungen wie der "Verunglimpfung des deutschen Volkes", was immer das auch sein mag.

Als Rechtsanwender – ich war früher auch mal Richter – würde ich mir darunter nichts vorstellen können. Da muss ich dann möglicherweise infratest dimap befragen, was jetzt möglicherweise nach Auffassung der Mehrheit der Deutschen zu 20, 30 % deutsch ist. So können wir mit unserem Rechtsstaat nicht umgehen. Sie sind beliebig. Es ist beliebig, ja sogar schäbig, diese Themen hier in eine wichtige Diskussion unserer Rechtsordnung zu bringen. Deswegen muss der Antrag abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Zustimmung bei der AfD-Fraktion. Ich bitte, die

Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN, SPD und GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wie bereits zu Beginn der Sitzung bekannt gegeben, entfällt der Tagesordnungspunkt 11.